

Haushaltsrede 2024

Fraktionsvorsitzender Linksfraktion Ludwigshafen

Dr. Liborio Ciccarello

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Ludwigshafener Mitbürgerinnen und Mitbürger,
verehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,
werter Stadtvorstand,
liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen,

in was für einer Stadt wollen wir eigentlich leben?

Unsere Antworten auf diese Frage mögen durchaus unterschiedlich ausfallen. Einheitlicher indes dürften unsere Antworten auf die Frage „In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?“ sein. Dies hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass wir eher wissen, was wir nicht wollen, als was wir wollen.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt leben, in der es eine Grundschule wie die Gräfenauschule im Hemshof gibt, übrigens bin ich selbst dort zur Schule gegangen, in der von 130 Erstklässlern 40 sitzenbleiben.

Dennoch sind im vorgelegten Haushaltsplan für die Hausaufgabenhilfe sage und schreibe Null Euro vorgesehen. Mag sein, dass es Ersatzangebote gibt für die dieses Jahr auf Null gesetzte Hausaufgabenhilfe.

Aber was wir in Ludwigshafen mit seiner besorgniserregenden Bildungssituation brauchen, sind mannigfach Zusatzangebote statt Augenwischerei.

Auch dürfen wir die schlechte Bildungssituation in Ludwigshafen nicht mit der generell schlechten Bildungssituation in Deutschland, wie sie in der aktuellen PISA-Studie festgestellt wurde, zu entschuldigen versuchen.

Die Bildungssituation in Deutschland ist generell schlecht, Doch in Ludwigshafen ist sie besonders schlimm, und daher sind hier besonders intensive Anstrengungen notwendig.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt leben, in der mehr als 2000 Kita-Plätze fehlen. Mag sein, dass hier das Kita-Personal fehlt und hier der Stadt zum Teil die Hände gebunden sind. Aber neben der Personalbeschaffung ist hier auch der Bau der nötigen Kita-Räumlichkeiten wichtig. Hier hinkt die Stadt hinterher, obwohl ihr hier die Hände nicht so gebunden sind wie beim Personal. Die Stadt darf sich nicht sagen: "Wir brauchen keine neuen Kita-Bauten, da uns ohnehin das Kita-Personal fehlt." Denn was machen wir, wenn wir das Kita-Personal haben werden und uns dann aber die nötigen Kita-Räumlichkeiten fehlen? Was sagen wir dann? Sagen wir dann etwa: „Wir können kein Kita-Personal einstellen, weil uns die Kita-Räumlichkeiten fehlen?“ *Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.* Die Stadt täte gut daran, sich an diesem Grundsatz zu orientieren.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt leben mit einem Radwegenetz aus dem letzten Jahrhundert. Und an dieser Stelle muss man sagen, dass es nicht sein kann, dass die Stadt für ihre Hochstraßen hunderte von Millionen Euro veranschlagt, vor allem für Leute, die nicht in Ludwigshafen wohnen, aber dann bei den Radwegen, die den Ludwigshafenern zugutekämen, knausert. Ein modernes Radwegenetz übrigens darf nicht nur als Beitrag zum Klimaschutz betrachtet werden, vielmehr ist ein modernes Radwegenetz auch ein wichtiger Faktor zur Gesundheitsförderung, das unser Gesundheitssystem wesentlich entlasten könnte.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt leben, die zugebaut, zubetoniert und zuasphaltiert ist wie keine andere Stadt in Deutschland.

Ludwigshafen ist die am stärksten versiegelte Stadt Deutschlands. Schön ist das nicht. Kein Wunder, wenn sie schon oft als hässlichste Stadt Deutschlands titulierte wurde.

Mehr Radwege, mehr ÖPNV und damit einhergehend weniger Autos würden zu einer Entsiegelung unserer Stadt führen und so mehr Raum für Grün, Kinderspiel, Feste und nachbarschaftlichen Plausch ermöglichen. Das würde Ludwigshafen schöner und lebenswerter zugleich machen.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt leben, in der Bürgerbeteiligung als lästig empfunden wird. Es ist äußerst befremdlich, wenn der Chef der GAG Ludwigshafen das Engagement der *Bürgerinitiative Lebenswertes Ludwigshafen* im Rahmen der diesjährigen Sommerakademie als störend betrachtet und deswegen die nächste Sommerakademie unter Ausschluss der Öffentlichkeit austragen will. Das Engagement von Mitbürgern, die sich für ein schöneres Stadtbild und mehr Lebensqualität in Ludwigshafen einsetzen, darf nicht als lästig empfunden werden. Wo leben wir denn eigentlich? Bürgerbeteiligung sollte als Chance und als Ausdruck gelebter Demokratie betrachtet werden und nicht als lästiges Anhängsel.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt mit einer anachronistischen Sportlandschaft leben. Sport ist für Seele und Körper gut. Sport ist eine Allzweckwaffe vor allem gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen samt deren Risikofaktoren wie Bluthochdruck, Fettleibigkeit und Diabetes und gegen psychische Erkrankungen wie Depression, Angst- und Schlafstörungen. Daher wird sie in Fachkreisen als Polypille zur Vorbeugung und Heilung besagter Erkrankungen angesehen, die darüberhinaus noch kostengünstig und nebenwirkungsarm ist.

Die Sportlandschaft in unserer Stadt aber ist unzeitgemäß und muss daher fortentwickelt und modernisiert werden. Die Notwendigkeit der Modernisierung unserer Sportlandschaft ist von der Stadt zwar erkannt worden, aber aufgrund unserer prekären finanziellen Situation wird ihre Realisierung noch Jahrzehnte benötigen.

Solange können diejenigen in Ludwigshafen Sport betreiben, die es sich leisten können, nicht immer aber diejenigen mit einem kleinen Portemonnaie.

Sport bringt unterschiedliche Menschen zusammen und hilft so, Vorurteile abzubauen. Sport ist in der Tat ein wichtiger Integrationsfaktor, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, aber nur wenn er von allen gleichermaßen und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten betrieben werden kann.

Und gerade für Kinder und Jugendliche ist Sport enorm wichtig, nicht nur für die körperliche Ertüchtigung, sondern auch für die seelische Entwicklung und den Erwerb wichtiger sozialer Kompetenzen.

Um von all den Vorteilen des Sports profitieren zu können, brauchen wir in Ludwigshafen zeitgemäße Angebote, die alle ansprechen und für alle leistbar sind. Aktuell ist dies leider nur eine Zukunftsvision.

In was für einer Stadt wollen wir nicht leben?

Wir wollen nicht in einer Stadt leben, in der die Fremdenfeindlichkeit immer mehr grassiert. Bei der letzten Bundestagswahl bekam die AfD in Ludwigshafen 12 % der Stimmen und in manchen Stadtteilen ging gar jede sechste Stimme an die AfD, eine Partei, die als rechtsextrem eingestuft wird, zumindest in einigen Bundesländern. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt, in der ein Drittel der Menschen ausländische Wurzeln hat, ist dieser Tatbestand äußerst alarmierend.

Solange es den Menschen schlecht geht, solange werden wir aber Fremdenfeindlichkeit haben, weil es für Viele einfacher ist, den Ausländer als Sündenbock hinzustellen als der Realität in die Augen zu schauen.

Deshalb: Hätten wir weniger Missstände in unserer Stadt, hätten wir auch weniger Menschen, die die AfD wählen. Im Übrigen könnte der Stimmenanteil der AfD sehr schnell drastisch gesenkt werden, nämlich durch Einführung des Ausländerwahlrechts. Aber dies ist – zugegeben – kein kommunalpolitisches Thema.

Wie wir gesehen haben, hat Ludwigshafen noch viel aufzuholen. In Anbetracht ihrer leeren Kassen steht sie vor einer Mammutaufgabe. Doch Ludwigshafen hat schon viel schwierigere Situationen gemeistert in ihrer kurzen Geschichte. Ich erinnere an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, wie Ludwigshafen damals wie Phönix aus der Asche auferstanden ist. Wie sie damals nicht nur ihrer hungernden Bevölkerung zu Lohn und Brot und Wohlstand verhalf, sondern auch Arbeitssuchenden aus Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei, Portugal und Jugoslawien.

Ludwigshafen kann mit 1,5 Milliarden Schulden kaum noch agieren. Allenfalls ihre Pflichtaufgaben kann sie hiermit erfüllen und kaum mehr, denn ihr sind regelrecht die Hände gebunden. Dass das Land ein Drittel dieser Schulden übernehmen wird, ist in der Tat ein starkes Signal.

Was wir aber unbedingt brauchen, ist ein Schuldenschnitt. Noch im letzten Bundestagswahlkampf hat der heutige Bundeskanzler einen Schuldenschnitt bei allen Kommunen gefordert, eine „finanzielle Stunde Null der Kommunen“ verlangt er. Wir warten immer noch auf die Umsetzung dieser Worte. Offenbar fehlt aber hier der politische Wille. Denn wenn ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen werden kann, warum kann man dann nicht einen Bruchteil hiervon für unsere Kommunen aufbringen?

Unsere Oberbürgermeisterin und unser Stadtkämmerer haben alles in ihrer Macht Stehende getan, um die finanzielle Situation unserer Stadt zu verbessern, und machen es weiterhin. Kaputtsparen wollen sie unsere Stadt aber nicht. Und das ist richtig so.

Die Linksfraktion hat bisher jeden Haushaltsplan abgelehnt. Zum ersten Mal wollen wir dies nicht tun, weil wir der Oberbürgermeisterin und dem Stadtvorstand keine Steine in den Weg legen wollen. Dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen aber können wir auch nicht, weil er uns nicht ermöglicht, das uns grundgesetzlich zugesicherte Selbstverwaltungsrecht auskömmlich wahrzunehmen. Daher werden wir uns enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Liborio Ciccarello

Fraktionsvorsitzender